

Der Gewerkeverein

Centralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine

Er erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vertriebspreis Abonnementspreis 0,75 Mk.;
Zur freien Bekleidung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
von
Centralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vereins-Büro).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 121/122.

Anzeigen von Stelle:
Geschäftsanz. 15 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Verbandsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 121/122
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 88.

Berlin, Sonnabend, 4. November 1911.

Dreißundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Das Schicksal des Heimarbeitergesetzes ... Der „Eugen“ unseres Zolltarifs ... Die Schaffung von Einigungsstellen ... Allgemeine Rundschau ... Gewerkevereins-Teil ... Verbands-Teil ... Anzeigen.

Das Schicksal des Heimarbeitergesetzes.

Weit über die Kreise der Heimarbeiter hinaus hat es vor einigen Wochen lebhafteste Befriedigung erregt, als durch die deutsche Presse die Nachricht eilte, die Reichsregierung habe der Einführung von Lohnämtern gegenüber ihren Widerstand aufgegeben. Mit ziemlicher Sicherheit konnte erwartet werden, daß auch im Reichstage sich für diese soziale Einrichtung eine stattliche Mehrheit finden würde, so daß damit die Verabschiedung des Heimarbeitergesetzes in einer befriedigenden Form gesichert gewesen wäre. Für die armen Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen wäre damit wirklich einmal etwas geleistet worden, wodurch mindestens den ärgsten Mängeln hätte geteufelt werden können. Denn den Kern der Heimarbeiterfrage bildet die Lohnfrage. Sie in einem einigermaßen vernünftigen Sinne zu lösen, bildet die Errichtung von Lohnämtern den allein richtigen Weg.

Die reine Freude hat nicht lange gedauert. Bald sind in ihren Fleisch bittere Tropfen gemischt worden. Denn vor einigen Tagen konnte man in den Zeitungen eine neue Notiz lesen über eine „Verständigung“ in dieser Frage, die in letzter Linie durch den Staatssekretär Dr. Delbrück in die Wege geleitet und durchgeführt worden ist. Anstatt der Lohnämter sollen danach, wie auch wir bereits berichtet haben, Fachauschüsse geschaffen werden. Wir haben gegen diese Einrichtung in gleich lebhaftester Bedenken geäußert. Wie berechtigt diese waren, das zeigen die weiteren Mitteilungen der offiziellen „Köln. Ztg.“ über die Regierungsvorläufe, die folgenden befragen:

Der Bundesrat kann für bestimmte Gewerbebezirke und Gebiete, in denen Hausarbeiter beschäftigt werden, die Errichtung von Fachauschüssen beschließen. Die Fachauschüsse haben die Staats- und Gemeindefürsorge durch tatsächliche Mitteilungen und Ermittlung von Gutachten zu unterstützen. Auf Ersuchen der Behörden haben sie bei Erhebung über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbebezirke in ihrem Bezirk mitzuwirken, sowie Gutachten zu erlassen über die Ausführung gewisser Bestimmungen des Heimarbeitergesetzes und anderer. Ferner sollen die Fachauschüsse Wünsche und Anträge, die sich auf die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbebezirke in ihrem Bezirk beziehen, beraten; sie sollen Anregungen geben, an der Verwaltung der betreffenden Einrichtungen teilzunehmen, auf Ersuchen der Behörden in geeigneter Weise die Höhe des von den Hausarbeitern tatsächlich erzielten Arbeitsverdienstes ermitteln, dessen Angemessenheit begutachten und auch sonst den Ablauf von Tarifverträgen vorbereiten und fördern.

Die Ausschüsse bestehen aus der gleichen Zahl von Vertretern der beteiligten Gewerbetreibenden und Hausarbeiter, sowie einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Der Vorsitzende darf weder Gewerbetreibender noch Hausarbeiter sein. Sofern Hausarbeitern in größerer Zahl beschäftigt werden, müssen sie auf Seite der Hausarbeiter angemessen vertreten sein.

Die Landeszentralbehörde bestimmt die Zahl der Vertreter. Sie ernannt den Vorsitzenden, die Beisitzer und je die Hälfte der Vertreter. Die andere Hälfte wird mit Zustimmung auf Seiten der Gewerbetreibenden und der Hausarbeiter je von den genannten Vertretern gewählt.

Solche Fachauschüsse wären, um mit dem Grundgesetzlichen Herrn Hilger, zu reden, welche Farbe und müßten als durchaus unzureichend

entschieden abgelehnt werden. Wir können uns auch nicht denken, daß, wie gemeldet wird, diejenigen Parteien, die sich mit obigen Vorschlägen bisher schon beschäftigt haben, seine erheblichen Einwendungen dagegen gemacht hätten. Es wäre dies tief bedauerlich. Ein so lautes Kompromiß, wie jene Vorschläge bedeuten, ist für uns einfach unannehmbar. Den Heimarbeitern wäre damit nicht geboten, wohl aber jede Aussicht auf wirksame Reformen auf absehbare Zeit entfallen, wenn auf der Grundlage jener „Verständigung“ das Heimarbeitergesetz erledigt würde.

Diesen unsern Standpunkt vertritt auch in „Berl. Ztg.“ der bekannte Münchener Sozialpolitischer Prof. Dr. Lujo Brentano, der sich schon mehrfach für die Einführung der Lohnämter mit Eifer ins Zeug gelegt hat. Mit Recht wirt dieser Gelehrte die Frage auf, wie man sich denn nach dieser Vorschläge die Wahl der Vertreter der Heimarbeiter in die Fachauschüsse denkt. Sollen sie von den Organisationen, die leider sehr schwach sind, gewählt werden? Oder beabsichtigt man, sie in allgemeinen Versammlungen wählen zu lassen? Oder denkt man vielleicht gar daran, daß ebenso wie der Vorsitzende, die Beisitzer und die Vertreter der Hausarbeiter von den Landeszentralbehörden ernannt werden sollen? Sein Mensch würde darin eine wirkliche Vertretung der Heimarbeitererschaft anerkennen, und vor allen Dingen würden diese Vertreter auch niemals die Vertrauen ihrer Ständesgenossen genießen.

Aber nicht allein die Wahl der Vertreter muß recht problematisch erscheinen, auch die Funktionen, die man den Fachauschüssen zugedacht hat, können nicht befriedigen. Damit, daß man ihnen die Aufgabe zuteilt, Ermittlungen vorzunehmen und Tarifverträge vorzubereiten, ist den Heimarbeitern nicht im geringsten gedient. Das sind alles nur halbe Maßnahmen. Man gibt den Kernstein Steine statt Brot. Ganze Arbeit muß verlangt werden, das sind Lohnämter, die besetzt sein müssen, selbst Mindestlöhne festzusetzen.

Von einem „Sprung ins Dunkle“, vor dem man bei uns so heillosen Angst zu haben pflegt, kann doch in dieser Frage nicht mehr die Rede sein. Wir wollen ganz von Australien absehen. Aber auch in England, wo man seit dem vorigen Jahr für bestimmte Industriezweige Lohnämter eingeführt hat, haben sich dieselben glänzend bewährt. Die Erfahrungen, die man damit gemacht hat, sind die denkbar besten. Warum soll eine solche Einrichtung gerade bei uns, im Lande der sozialen Reformen, unmöglich sein? Soll denn durchaus das Glend der Heimarbeiter in Permanenz erklärt werden? Will man wirklich die Verantwortung auf sich nehmen, den Reichstag heimzuscheiden, ohne daß er das Gesetz erledigt hat, oder das Heimarbeitergesetz verabschiedet ohne Lohnämter? Letzteres darf auf keinen Fall geschehen. Ein Heimarbeitergesetz ohne wirkliche Lohnämter muß unter allen Umständen abgelehnt werden. Denn anstatt Vorteile würde es den Heimarbeitern nur neue Lasten bringen und größere Kosten verursachen bei den jetzigen Hungerlöhnen. Die Parteien, die sich ihrer Verantwortung gegenüber der Arbeitererschaft bewußt sind und nicht nur Arbeiterfreundlichkeit heucheln, müssen jetzt Farbe bekennen. Sie dürfen sich nicht einlassen auf jene faulen Vorschläge, die nicht Fisch und nicht Fleisch sind, sondern sie müssen unbedingt festhalten an der Forderung der Lohnämter. Wir sind überzeugt, daß, wenn die Mehrheit des Reichstages fest bleibt, die Reichsregierung die ihre prinzipielle Gegnererschaft sicherlich aus triftigen Gründen ausgegeben hat, auch weiter nachgeben wird. Nur wenn richtige Lohnämter geschaffen werden, wird das Heimarbeitergesetz eine Reform von hoher sozial-

politischer Bedeutung sein, mit der sich dieser Reichstag, der wahrlich keinen guten Klang in der Geschichte haben wird, wenigstens einen anständigen Abgang sichern würde.

Der „Eugen“ unseres Zolltarifs.

Wir haben schon auf die ausgezeichnete Rede des fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Bachmide hingewiesen, die als Antwort auf die Ausführungen des Reichskanzlers bei der Steuerungsdebatte im Reichstage gehalten wurde. Diese Rede enthält eine durchaus zutreffende Kritik der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik und verdient wenigstens in ihrem allgemeinen Teil im Wortlaut der weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden, damit sie auch im Reichstagswahlkampf Verwendung finden kann. Dr. Bachmide widerlegte zunächst den Irrtum des Reichskanzlers, daß der Aufschwung unserer Industrie eine Wirkung der Schutzollgesetzgebung sei. Ganz andere Kräfte haben dazu beigetragen. Eines der entscheidendsten Momente ist die große Last, die Deutschland jetzt 25 Millionen Seelen mehr zählt als 1870 und daß noch immer jährlich 900 000 Köpfe hinzukommen. Dieser Zuwachs zwingt zur Ausdehnung von Industrie und Handel. Auch die technischen Fortschritte haben wesentlich dazu mit beigetragen. Im übrigen hat die vom Reichskanzler so laut gepriesene Wirtschaftspolitik nicht verhindern können, daß ebenso wie früher schwere Kriege über das Land hereingebrochen sind. Außerdem wies der Redner nach, daß auch in ausgeprochenen Freihandelsländern, wo man eine derartige Schutzollpolitik wie bei uns nicht kennt, eine glänzende wirtschaftliche Entwicklung zu verzeichnen gewesen ist.

Interessant waren die Gründe, die der Redner dafür anführte, daß seine Partei zwar entscheiden den allmählichen Abbau der Lebensmittelpreise fordere, für eine sofortige Aufhebung derselben sich aber nicht entscheiden könne. Mit Recht wies er darauf hin, daß die Zollfrage ein anderes Aussehen gewinnt, wenn man über die Einführung eines Zolles verhandelt. Man kann entschiedener Gegner der Einführung eines Zolles sein. Ist er aber einmal da und hat lange Jahre bestanden, dann sind Wirkungen eingetreten, die man vom Standpunkte der praktischen Politik nicht unberücksichtigt lassen kann. Die Erträge der Zölle haben eine bestimmte Verwendung gefunden. Es sind Ausgaben beschlossen, und da ist für Deduktion zu sorgen, für einen etwaigen Ausfall Ersatz zu schaffen. Außerdem aber haben Zölle eine Wirkung auf die Preise. Würde man da vollständig die Steuern wegziehen, dann bräche der Bau zusammen, und es würde eine Krise, eine Katastrophe kommen, die man nicht verantworten könnte. Drittens aber bilden die Zölle ein System von landwirtschaftlichen und industriellen Zöllen. Man kann nicht dem einen den Vorteil belassen und ihn dem anderen entziehen. Trotzdem wünscht Redner die allmähliche Aufhebung der Getreidezölle.

Er wandte sich dann dem Zolltarif speziell zu und machte dazu folgende Ausführungen:

Zunächst die ungünstige Wirkung auf die Lebenshaltung, selbst von dem Herrn Reichskanzler zugegeben. Die Kosten der Lebenshaltung sind allerdings gestiegen, sagte er; nur erinnerte er sich bei dieser Gelegenheit plötzlich daran, daß es auch noch eine Gesamterhöhung gibt, die außerhalb des Bezugsbereiches von Zöllen liegt, und er sagte, die Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung sei eine Begleiterscheinung der Gesamterhöhung.

Weitens; in dem Maße, wie die Rentabilität der Großauswirtschaft liegt, kam eine Kurve über unseren Markt, einwand eine Kaufkraft des Preiswieders, wie sie früher niemals dagewesen ist.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Eisenformer und Gießereiarbeiter in Berlin steht noch immer auf demselben Fleck. Die Situation kann für die Arbeiter nicht ungünstiger sein, da ein nicht unerheblicher Teil der Unternehmer zu weiteren Verhandlungen geneigt scheint. — Die in der Berliner Damenkonfektion beschäftigten Schneider und Schneiderinnen befinden sich in einer Bewegung. Sie haben den Konfektionären einen Lohnantrag eingereicht, dessen Inhalt von den Unternehmern allerdings als unannehmbar bezeichnet worden ist. Innerhalb haben die letzteren sich aber zu Verhandlungen bereit erklärt, deren Beginn noch nicht feststeht. — Unter den Vergleuten Niederschlesiens gärt es seit einiger Zeit. Die Löhne in diesem Bezirke sind niedriger als in allen anderen, so daß es durchaus verständlich ist, daß auch diese Arbeiter, obgleich gedrängt durch die Leuerungsverhältnisse, mit Lohnforderungen an die Grubenverwaltungen herantreten sind. Diese behaupten, daß sich die Abbaubehältnisse wesentlich verschlechtert hätten und infolge der verteuerten Produktionskosten Lohnerhöhungen nicht bewilligt werden könnten. Welcher Gang die Bewegung nehmen wird, läßt sich zunächst noch nicht erkennen. — Die Beendigung des Streiks in den Dresdener Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken geschah mit einem Erfolge für die Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Stundenlöhne wurden erhöht, die Akkordlöhne geregelt, und nach zehnjähriger Beschäftigung soll ein Sommerurlaub unter Fortzahlung des halben Lohnes gewährt werden. Obgleich die Angehörigen sehr geringfügiger Natur sind, erklärten sich schließlich die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit. — Ein schwerer Konflikt ist in der Lederberei-Industrie in Schwabmünchen ausgebrochen. In der Entlassung mehrerer Kollegen erkrankten die Arbeiter eine Maßregelung, erstarben sich mit ihnen solidarisch und legten die Arbeit nieder. Darauf haben die Unternehmer sämtlichen Arbeitern gefündigt.

Die englischen Eisenbahngesellschaften fahren fort, den Angestellten Lohnerhöhungen zu bewilligen und dadurch nicht nur diese, sondern auch die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Da aber die Angehörigen zum Teil nicht befriedigt, ist die Stimmung gegen die Gesellschaften immer noch eine recht feindselige. Die Vertreter der Organisationen sind zu einer gemeinsamen Beratung zusammengetreten. Wie es heißt, wollen sie von den Gesellschaften die volle Anerkennung der Gewerksvereine, die Einführung des Achtstundentages und einen Minimal-Lohnantrag verlangen.

Dem Druck nachgegeben haben zum größten Teil die technischen Angestellten auf der Hüttenhoffnungshütte bei Sterkrade, die ursprünglich fast einmütig den Austritt aus ihrer Organisation abgelehnt hatten. Die Drohungen und der „sanfte Druck“ von oben haben schließlich bewirkt, daß nur noch sieben der Angestellten festgeblieben sind und sich geneigt haben, den verlangten Meßerg zu unterschreiben. Fünf davon sind, wie die „Frankf. Ztg.“ mitteilt, sofort aus dem Betriebe hinausgewiesen worden, nachdem man ihnen bis zum Ründigungstage, d. h. zum Teil für 6 Monate das Gehalt ausgezahlt hatte. Bei den beiden anderen hat man sich die sofortige Entlassung verknüpfen, weil sie noch 4 und 5 Jahre Kontrakt haben. Die übrigen Angestellten, die ursprünglich der Organisation die Treue bewahren wollten, aber nachher doch schwach geworden sind, bleiben nunmehr in dem Betriebe. Von welchen Gefühlen sie befeht sind und welche Stimmung sie gegen die Direktion haben, das kann man sich einigermaßen vorstellen. Zweitens aber möchten wir daran, daß sie weiter mit Luth und Liebe für einen Betrieb tätig sind, der ihnen die Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte in brutalster Weise unmöglich macht.

Bei allen anständig denkenden Menschen wird das Verhalten der Betriebsleitung entschiedene Verurteilung finden. Es zeigt, wie reformbedürftig auch das Angestelltenrecht noch ist.

Eine feste Organisation haben sich die deutschen Bühnenaangehörigen geschaffen. Auf einer in der vorigen Woche abgehaltenen Konferenz, auf der 5 große Verbände mit zusammen 60 000 Mitgliedern vertreten waren, wurde beschlossen, ein Kartell zu gründen mit folgendem Programm:

- 1. Schutz und Förderung der gemeinsamen beruflichen Interessen.
- 2. Gemeinsame Arbeit zur Erlangung eines deutschen und österreichischen Theatergesetzes.
- 3. Gemeinsame Arbeit zur Verfeinerung günstiger Vertragsbedingungen für die Mitglieder der Kartellverbände, insbesondere von Normalverträgen und Mindestsagen.

Gemeinsame Vertretung der Interessen der Bühnenaangehörigen gegenüber der Regierung, Parlamenten, Städtgemeinden und Behörden jeder Art, gegenüber der Öffentlichkeit, der Presse usw.

Gemeinsames Wirken und gegenseitige Unterstützung in den Fachorganen, insbesondere durch Abdruck von Artikeln usw.

Gemeinsame Auffklärungsarbeit gegenüber der Öffentlichkeit und den Mitgliedern der Kartellverbände, insbesondere durch Vorträge, Broschüren, Zeitungsartikel usw.

Geschlossenes Vorgehen bei Ferkämpfung von Mißständen an den Bühnen.

Zur Durchführung dieser Forderungen wurde dem engeren Generalausschuß die Befugnis erteilt, Anordnungen, wie die Verhängung von Sperren u. dergl. zu treffen, die für das ganze Kartell bindend sind. Man erhofft daraus, daß jetzt auch die Bühnenaangehörigen, deren Lage allerdings zum Teil eine recht elende ist, erkannt haben, daß sie eine Verbesserung nur auf dem Wege erzielen können, den ihnen die Arbeitererschaft schon längst gezeigt hat. Also fester Zusammenschluß auf allen Gebieten! Hoffentlich trägt diese Erkenntnis auch weiter dazu bei, das leider noch allzu große Meer der Indifferenzen in der Arbeitererschaft zu verringern.

Einen für die handwerksmäßige Ausbildung der Frau wichtigen Beschluß hat der dreitägige Handwerksamertag, der vergangene Woche in Hannover stattgefunden hat, gefaßt. Von 24 vreußischen Handwerksämtern hatten 30 Vertreter geschickt, unter ihnen das Herrenhausmitglied Obermeister Plate. Nach einem Referat über die rechtliche Stellung der Frau im Handwerk wurden nämlich folgende Leitfahngen angenommen:

1. Die im Handwerk tätigen Frauen haben dieselben Rechte und Pflichten wie die Männer, wenn nicht besondere gesetzliche Bestimmungen diesen widersprechen. Soweit diese Ausnahmen vorhanden sind, sind sie zu befeitigen.
 2. Die weiblichen Lehrlinge sollen in bezug auf die Dauer der Lehrzeit keine Vorteile gegenüber den männlichen Lehrlingen genießen.
 3. Die im Handwerk tätigen Frauen, die die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen erworben haben, sind verpflichtet, ihre Lehrlinge beziehungsweise Lehrlinginnen unter Vorlegung der ordnungsmäßig abgeschlossenen Lehrverträge bei den Handwerkskammern beziehungsweise bei den Innungen als Annußungsmittglieder anzumelden. Dasselbe gilt für solche Personen, die in dem betreffenden Gewerbe mit dem Ziele ausgeübt werden, das Gewerbe nur im Haushalt zu betreiben. Die entsprechenden Verträge dürfen nicht für eine längere Dauer als sechs Monate abgeschlossen werden.
 4. Prüfungsordnungen sind für das Damenschneider-, Damenschneifer- und Putzmacherinnen-gewerbe zu erlassen.
 5. Frauen können zur Meisterprüfung bis zum 1. Oktober 1913 zugelassen werden, wenn sie entweder fünf Jahre hindurch selbständig das Handwerk betrieben haben beziehungsweise als Direktrien oder in ähnlicher Stellung tätig gewesen sind oder die Zielenprüfung abgelegt haben und danach zwei Jahre hindurch in ihrem Handwerk tätig gewesen sind.
 6. Vom 1. Oktober 1913 ab wird die Gesellenprüfung nach ordnungsmäßig zurückgelegter Lehrzeit als Voraussetzung für die Zulassung zur Meisterprüfung verlangt.
 7. Die Handwerkskammern sind bereit, zu den Prüfungsausschüssen und Prüfungskommissionen Frauen als Prüfer heranzuziehen.
 8. Für die Frauen sollen geeignete Ausbildungs-kurse und Vorbereitungskurse für die Meisterprüfungen von den Handwerkskammern veranstaltet werden.
- Zu diesem vernünftigen Beschluß hat sicherlich die Aufklärungsarbeit des Verbandes für die handwerksmäßige und sachgewerblidhe Ausbildung der Frau, dem auch unsere Gesamtorganisation als korporatives Mitglied angehört, ihr Teil mit beigetragen.

Vom Verjüngungsrecht in Preußen. Zum „Striegauer Anzeiger“ finden wir eine drastische Charakteristik der Art, wie die reaktionären Macht-haber ihre politischen Gegner behandeln. Die Schilderung bezieht sich auf eine liberale Wählerversammlung in Rogau-Rosenau, zum Wahlkreise Schweidnitz-Striegau gehörig, wo der Herr v. Nisthofen dominiert. Das obengenannte Blatt schreibt:

„Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich!“ So steht in der Verfassung geschrieben, so hat uns der König beschworen, darauf hat jeder Beamte, ob hoch, ob niedrig, den Eid geleistet.

Und am Sonntag? —

Da saßen sie scharrenweise die Dorftatke in Rogau-Rosenau entlang, lauter Preußen, freilich keine Freiherren, Barone und Grafen, sondern „nur“ Männer, denen am Flügel oder in der Westkitt die Hand hart und schweißig geworden war, oder die im Staatsdienste ihre besten Kräfte aufgewopfert hatten; und sie alle, die Land-

wirt, Handwerker, Geschäftsleute, kleine und mittlere Beamten und Arbeiter, sie mußten vor bei an zwei Sälen, groß und schön und — leer, und mußten — so mancher schon in hohem Alter — im ungeschützten Garten sich den Herbststurm um die Köpfe saufen und Staub und Blätter sich um die Ohren fliegen lassen.

Und warum? —

Der ablige Rittergutsbesitzer ist drauf und dran, im Wahlkreise Schweidnitz-Striegau die alte Untertänigkeit wieder aufzurichten. Nur eine Gefinnung ist „gut“, und nur eine Meinung ist erlaubt, und wer diese Gefinnung nicht acht oder eine andere Meinung vertritt, ja, wer als

gewissenhafter Wähler die andere Meinung bloß hören will; hinaus mit ihm in Bind und Wetter! Er ist ein Taag über dem Kopfe nicht wert und muß schließlich an Geldbeutel sich noch kratzen lassen.

Wir sind die Herren, und wir regieren; Das „Volk“ hat zu zahlen und muß parieren!“

Man sieht draus, daß die Agrarier da, wo sie die Macht haben, dieselbe gleich rücksichtslos ausüben, gleichviel ob in Unterpreußen oder in Schlesien. Das wird aber nicht hindern, daß sie bei den nächsten Reichstagswahlen den ihnen gebührenden Denkfettel erhalten.

Die „eindringliche Mahnung an die Ortsverbände“ in Nr. 85 hat dem Kollegen L. E. in Pir-masens Anlaß zu einigen Betrachtungen gegeben, die da zeigen, wie berechtigt die Beschwerden des Duisburger Kollegen gewesen sind. Kollege L. E. schreibt:

Der Duisburger Gewerksvereinskollege möge sich mit mir trösten! In meiner Funktion als Bezirksleiter hatte ich mir u. a. die Aufgabe gestellt, eine Statistik anzufertigen über Ferien und Urlaubsverhältnisse und andere Fragen in gewissen Betrieben. Zu diesem Zwecke hatte ich mir einen Fragebogen entworfen und denselben auch an einen Ortsverband in der Pfalz geschickt. In diesem Fragebogen waren Arbeitszeit, Lohn- und Wohnungsverhältnisse in der Schuhbranche besonders berücksichtigt. Das war geschahen, weil ich dem Ortsverband die Gründung eines Ortsvereins der Schuhmacher und Lederarbeiter besonders nahegelegt und mich selbst gegebenenfalls dazu zur Verfügung gestellt hatte. Die Gründung eines solchen Ortsvereins hätte sicherlich im Interesse unserer Sache gelegen, da dem Ortsverbände bisher Mädchenbauer, Holzarbeiter, Zigarren- und Tabakarbeiter und Fabrik- und Handarbeiter angeschlossen sind. Aber auch mir erging es so, wie es in der „eindringlichen Mahnung“ geschildert wurde: Ich bekam keine Antwort, was um so auffälliger ist, da ich die in jenem Ortsverbände an leitender Stelle stehenden Kollegen persönlich gut kenne, denn ich bin selbst früher dort Mitglied gewesen. Da ist wirklich die Frage berechtigt: „Ist der Zusammengehörigkeitsgedanke so minimal, daß alles gleich in den Papierkorb wandert?“

Der Kollege aus Duisburg hat also mit seiner Mahnung den Nagel auf den Kopf getroffen; denn ähnliche Erfahrungen könnte man sicherlich anderswo auch noch machen. Das ist sehr bedauerlich, denn die Ausschuhmitglieder dürfen sich nicht damit begnügen, nur die inneren Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen, sondern ihre Hauptaufgabe muß es sein, sich der Agitation zu widmen, die Ortsvereine zu stärken und ihre Zahl zu vermehren. Deshalb schreibe auch ich mit den Worten: „Diejenigen, die es angeht, werden es schon wissen.“

Wir haben auch diesen sicherlich sehr wohlge-meinten Zeilen gern Raum gegeben in der Hoffnung, daß dort, wo die gerügten Mißstände herrschen, recht bald und energisch Wandel geschaffen wird.

Die Entwicklung des deutschen Bergbaus im letzten Vierteljahrhundert. Mindestens in gleichem Umfange wie die Industrie hat sich im letzten Vierteljahrhundert der deutsche Bergbau entwickelt. Insbesondere läßt sich in diesem Zeitraum eine ganz riesige Betriebskonzentration beobachten. Von 1886 bis einschließlich 1910 hat sich die Zahl der Bergbaubetriebe in Deutschland nur von 1658 auf 1937 erhöht; die Zahl der Betriebe stieg um 279 oder um 16,9 Prozent, dagegen ist die Zahl der im Bergbau beschäftigten Arbeiter gestiegen von 343 709 auf 825 777, um 482 068 oder um 140,3 Prozent. Im Jahre 1886 kamen auf einen Betrieb im Durchschnitt 207 Arbeiter, im Jahre 1910 426 Arbeiter. Die im Jahre 1886 gezahlte Lohnsumme stellte sich auf 250,8 Millionen Mark; im vergangenem Jahre wurden in den Bergbaubetrieben insgesamt 1110,4 Millionen Mark Löhne gezahlt; der durchschnittliche Jahresverdienst eines Arbeiters war im gleichen Zeitraum gestiegen von 720 Mark auf 1344 Mark.

Der Ausbau der Lohnämter in England. Wie in unserem Leitartikel dargelegt wird, sucht man sich bei uns auf alle mögliche Weise von der Einführung von Lohnämtern zu drücken. In England dagegen ist man eifrig an der Arbeit, das Lohnämtergesetz von 1908 zur Durchführung zu bringen. Die gesetzliche Lohnregelung ist darin für vier Industriezweige vorgegeben: die Ketten schmiederei, die Spitzenindustrie, die Papierfachselindustrie und die Kleiderkonfektion. Während für die drei ersten Gewerbe die gesetzlich festgelegten Mindestlöhne bereits seit längerer Zeit veröffentlicht und in den beiden ersten auch schon in Kraft getreten sind, werden jetzt auch die ersten Lohnfestsetzungen für die Kleiderkonfektion bekannt gegeben. Es ist dies ein sozialpolitisches Ereignis von großer Bedeutung, da in der Konfektion mehr als 100 000 Sewarbeiter beschäftigt werden.

Die Mindest-Stundenlöhne für Frauen werden nach Mitteilungen der „Cos. Brox.“ in der Kleiderkonfektion auf 30 Pf. nach unserem Gelde festgesetzt. für Männer auf 50 Pf. Da die wöchentliche Arbeitszeit in diesem Gewerbe etwas über 50 Stunden beträgt, so ergeben sich Mindest-Wochenlöhne von rund 15 Mark für Frauen und 25 Mark für Männer. Namentlich die Frauenlöhne erfahren durch diese Regelung eine wesentliche Aufbesserung; denn nach Lohnstatistiken aus dem Jahre 1906 blieben 21 Prozent der Arbeiterinnen unter einem Wocheneinkommen von 10 Mark und 70 Prozent unter 15 Mark. Die jetzt festgesetzten Mindestlöhne gelten ohne jeden Abzug für Arbeiterinnen über 18 Jahre. Bei Arbeiterinnen zwischen 14 und 18 Jahren ist eine aufwärts steigende Lohnstaffel für Verbrünte festgesetzt. Die Wochenlöhne zwischen 3 Mark und 13,50 Mark bringt. Die Mindestlöhne der Männer treten erst beim 28. Jahre in Kraft. Auch die Männerlöhne erfahren gegen früher eine Steigerung, die aber nicht so erheblich ist wie die der Frauenlöhne. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Männer stärker organisiert waren und daher bereits aus eigener Kraft bessere Löhne errungen hatten als die Frauen.

II. Unterweisungsforschung für die Helfer in der Berliner Jugendgerichtshilfe. Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge veranstaltet den II. Unterweisungsforschung für die Helfer der Berliner Jugendgerichtshilfe im großen Sörsaal des Kaiserin Friedrichhauses, Luisenplatz 2-4. Die Vorträge finden am 6., 18., 20., 27. November, 4., 11. und 18. Dezember, abends von 7 bis 10 Uhr statt. An die Vorträge schließt sich eine Diskussion unter Leitung des Referenten. Die Vorträge behandeln folgende Gegenstände: Funktionen und Ziele des Jugendgerichts und der Jugendgerichtshilfe. Ref.: Dr. jur. Frieda D u e n s i n g-Berlin. „Einiges über Strafrecht und Strafprozeß“. Ref.: Amtsgerichtsrat Dr. R ö h n e-Berlin. „Einiges über Vormundschaft, Pflegschaft, Beistandschaft“. Ref.: Amtsgerichtsrat Dr. F r i e d e b e r g-Weigensee. „Vorlesungen und Ausführung der Fürsorgeerziehung“. Ref.: Magistratsassessor Dr. K l e r a n d e r-Berlin. „Die wichtigsten Einrichtungen der öffentlichen Armenpflege in Groß-Berlin“. Ref. noch un-

bestimmt. „Einiges über das Gewererecht, insbesondere das Kinderbeschützgesetz“. Ref.: Hgl. Gewerbeinspektor Dr. W e n d e r-Charlottenburg. „Polizeiliche Maßnahmen“. Ref. noch unbestimmt.

Die Teilnahme an dem Kursum ist für die Helfer der Berliner Jugendgerichtshilfe unentgeltlich, jedoch ist der Eintritt nur gegen Vorzeigung der Teilnehmerkarte gestattet. Karten für unsere Kollegen sind beim Kollegen W r e d e, Greifswalderstr. 22-23, oder durch das Büro der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Wallstr. 89, zu beziehen. Für sonstige Teilnehmer kostet die Karte für den ganzen Kursum 2 M., für den Einzelvortrag 50 Pf. und ist im Büro der D. Z. f. J. oder an der Abendkasse erhältlich.

Um pünktliches Erscheinen zu den Vorträgen wird dringlich eruchtet.

Gewerbetreibenden-Zeitl.

§ 1. Sagen i. B. An den diesmaligen Stadtwahlversammlungen, die am 9. November stattfinden, haben die Gewerbetreibenden ein besonderes Interesse. Kommen doch als Kandidaten zwei Kollegen in Betracht, Gustav S t r o m e r e r-Hagen, Reichstr. 14 und Emil L i p p s-Hagen-Wehlinghausen. Deshalb werden hierdurch die Gewerbetreibenden noch einmal auf die besondere Bedeutung der Wahl hingewiesen und aufgefordert, mit ganzer Kraft für die genannten Kandidaten einzutreten. Nur dann wird es uns möglich sein, eine Vertretung im hiesigen Stadtparlament zu bekommen, wenn der einzelne seine Pflicht tut und an Wahltagen nicht hinter den Ofen bleibt. Die Kollegen, die in der Mittelfahrt und im Stadtteil Wehlinghausen wohnen, die müssen jetzt am 9. November unseren lieben Freunden von rechts und links einmal zeigen, daß sie mit den Gewerbetreibenden zu rechnen haben. Also alle Mann auf zur Wahl!

Die Wahlkommission.

Verbands-Zeitl.

Frauen-Bezirksklasse des Verbandes der Deutschen Gewerbetreibenden. Sitzung über eingesandte Beiträge. Monat September 1911.

- Bauhandwerker: Mühlheim-Ruhr Nr. 7,50, Nr. 2641
- 1.04. Bildhauer: Landsberg 0,25. Frauen und Mädchen: Danzig 3,12. Kaufleute: Nr. 3550, 0,50. Adornen: Ratibor 0,95. Maschinenbau- und Metallarbeiter: Nr. 970 1,17, Nr. 2624 3,12, Nr. 3083 2,40. Vorzellanarbeiter: Königsgelt Eingem. 0,70, Nr. 1007 3,18. Schneider: Danzig 0,25, Hagen 7,97, Nr. 863 1,56. Schuhmacher und Lederarbeiter: Burg 0,25, Königberg 0,50, Mainz 6,21, Thorn 5,19, Weihenfeld 0,50, Nr. 111: 2,08, Eisenben 1,68. Textilarbeiter: Hagen 2,14, Nr. 3156 2,60. Töpfer: Rathenow 0,25, Nr. 2805 1,04, Nr. 2890 1,17. Summa 58,02 Mark.

Berlin, im Oktober 1911.
R. Klein, F. Reuholdt,
Verbandskassierer, Hauptkontrollleur.

Veranstaltungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerbetreibenden (S. D.). Verhandlung der Deutschen Gewerbetreibenden, Greifswalderstr. 22-23. Sonnabend, 4. November Vortrag des Kollegen S e w i n über: „Die Invaliden-

und hinterbliebenen Versorgung in der Reichsversicherungsbank“. (I. Teil.) Gäste sind herzlich willkommen. — **Gewerbetreibenden-Kinderfest** (S. D.). Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Lehnungstraße 1, Verbandsbureau, der Deutschen Gewerbetreibenden (Grüner Saal). Gäste willk.

Orts- und Bezirksverbände.

Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Herrn Sandowstr. 42. — **Düsseldorf** (Distriktsklub). Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr, Verbandsbureau, R. Fürstent. 29. Sitzung. — **Eberfeld-Weimar** (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkammer, Eberfeld, Luisenstr. und Erholungstr. Ecke. — **Eisenstein** (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Festsaal G. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Wachen**. Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Wender. — **Halle a. S.** (Ortsv.). Der Distriktsabend jed. 1. Sonntagabend 1. Monat l. Passage-Haus, Dr. Braunsstr. 11. — **Hannover** (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr, im Hiltmanns Hotel, Köpferstr. Distriktsabend. — **Merzow** (Distriktsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr bei Wender, Dorfstraße. — **Merseburg** (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverband Vertreterversammlung bei Witte Ruhe, Herne l. gegenüber der evang. Kirche. — **Leipzig** (Gewerbetreibenden-Bezirk). Die Leitungsfunktionen haben jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seckburgstr. 25, halt. Gäste und interessierte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mühlheim-Ruhr**. Jeden 1. Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreterversammlung im Verbandslokal bei Johann Müller, Sandstraße 38. — **Ortsverband für das obere Sauergebiet**. Sonntag, 3. November, nachm. 4 1/2 Uhr, große öffentliche Versammlung in Elspe, im Saale des Herrn Schade. Vortrag des Kollegen B. Hiesler-Siegen über die allgemeine Lebensmittellieferung. Freie Diskussion! — **Stettin** (Sängerchor der Gewerbetreibenden). Die Lebungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Köpferstr. 5, halt. Stimmgebende Kollegen sind herzlich willkommen. — **Tege** (Distriktsklub für Tege, Dorfstraße und Heintendorf). Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr b. Römer, Schloßstr. 28, Ecke Schönebergstr. — **Thorn** (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Kaiserstr. 62. — **Weihenfeld a. S.** (Verbandsabteilung der Gewerbetreibenden). Lebungsstunden jeden Dienstag, abends 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schwägerhaus“, Schwägerstraße. — **Weihenfeld** (Ortsverband). Jeden 1. Sonnabend im Monat Distriktsabend in Hermanns Garten. — **Worms** (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Singstunde im Verbandslokal Rheinal.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Berlin (Ortsverb. d. Eisenbahner). G. Wallais, Schriftführer, Bismarckstr. 3. — **Coblenz** (Verbin der Frauen). Karl Adam, Vorsitzender, Klosterbräu, Mettermich Coblenz. Hugo Clafer, Schriftführer, Königshofbräu, Coblenz, Johann Pöbel, Kassierer, Königshofbräu, Coblenz. — **Dortmund** (Verbin der Frauen). Franz Vogl, Vorsitzender, Augustastr. 27 II. Josef Liffkäffl, Schriftführer, Wilhelmstr. 39 p. Ernst Böll, Kassierer, Marktstr. 136 II. — **Frankfurt a. M.** (Ortsverb.). Gustav Katusch, Schriftführer, Dusseldorferstr. 118 b. Karl Menzel, Kassierer, Frankfurterstr. 2.

Anzeigen-Zeitl.

Inserate werden nur gegen vorzeitige Bezahlung angenommen.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,-
 Ein Versuch führt zu dauernder Kundhaft. — 100 fester frische. — Nichtunterbrechendes neubes. materialisiert durch. — Versand nicht unter 100 Stück. — 28 Reichs-Verbandsklub Berlin C. Neue Schönhofstr. 16. — Begründet 1908

Bauschule
 Rastedei. Oldsb. Meister- u. Vortragslehre. Vollständige Ausbildung. 1.5 Mon. Ausf. Progr. frei.

Lippstadt (Ortsverband). An durchreisende Kollegen wird eine Unterweisung von 75 Pfg. gezahlt vom Kassierer B. Wiese, Lippstadt, Oberbergstraße 82.

Darth l. Pommer. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Aug. Dahn, Pohlstraße 24. Arbeitsnachweis bes.

Öppingen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Nachquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei S. Stäbler, Wohnhofstr. 18.

Apolda (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Befragelicht beim Kassierer Karl Stein, Jährlingsgasse 4.

Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 70 Pfg. Unterweisung b. Robert Egenter, Schramberg, Hplandstr. 13.

Potsdam (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbesuch bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Brandenburg a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsbesuch von 50 Pfg., Sonntag und Feiertag 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer G. Reumann, Linienstraße 19.

Hannover und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerbetreibendenkollegen aller Berufs erhalten Nachquartier und Verpflegungstafeln hierzu bei Karl Hebel, Heisenstraße 32AL.

Langendreer. Das Ortsgebiet des Ortsvereins der Maschinenbauer an durchreisende Gewerbetreibendenkollegen wird ausgegibt beim Kassierer Heinrich Brod in Werne b. Langendreer, Bahnhofstr. 83.

Das wundervolle „Big-
Normal-Herren-Hemd
 Merino ist weich und warm, unzerbrechlich, kann nicht saugen. — Bro. Stück nur Mk. 3,10 in allen Halbpreisen. Herren-Unterhemden. M. P. Spro. St. Nachnahme Katalog franco. Stumm- u. Garzfabrik Georg Koch, Hoflieferant in Erfurt Nr. 242.

Verbandsbedarf, Fahnen, Abzeichen, Theaterdekorationen. Muster-Liste (so best.) Wilhelm Hamann, Düsseldorf, Fahrenstr.

Chemnitz (Ortsverband). Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Berufen nur beim Ortsverbandskassierer, Rolf. Rebe, Bergstr. 54, abends 7-8 Uhr ausbezahlt. — Der Arbeitsnachweis wird von R. Oswald Glack, Senefelderstr. 32, verwalte. Sprechzeit wochentäglich von 7-8 Uhr abends, am Sonntag von 10-12 Uhr vormittags.

Edin und Mühlheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungstafeln im Gewerbevereinsbureau, Sverinstr. 113 I.

Merzow u. Umgegend (Ortsv.). Durchreisende Kollegen erhalten 0,75 Mk. bei G. Reiese, Merzow, Marktstr. 52.

Haben Sie schon Ihren „Kleinen Wanderer“ bestellt?
 Nein? Dann holen Sie es sofort nach. Der Preis ist nur 15 Pfg. bei 2000 Stück. Bestellen Sie bei C. O. Raupbachs Nachf. Hahnau l. Schl.

VEREINS-ABZICHEN u. STAMPEL ALLEN ART. liefert den Gewerbevereinskollegen billig und schnell Königberger-Gravir-Anstalt Stempel-u. Vereinsabzeichenfabrik G. TRENKEL, KÖNIGSBERG I. Pr. Nicolaisstrasse 39.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Vorkartieren im Werte von 1,20 Mk. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Kolowrat 22 im Laden. Die Verbandsbes. rüber befindet sich (Hilf) abstr. 49 (Jäger Walfahrtstr. 47).

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Lewin, Berlin NO., Greifswalderstr. 22-23. — Druck und Verlag: Giesecke u. Wallstein, Berlin SW.